

# BUNDESTAGSREPORT

## DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG

**DIE LINKE.**  
 I M B U N D E S T A G

**Dagmar  
Enkelmann**

**Wolfgang  
Nešković**

**Kirsten  
Tackmann**

**Diana  
Golze**

**Thomas  
Nord**

**Sabine  
Stüber**

### **Banken sollen für Krise zahlen** von Dagmar Enkelmann

Immer mehr Kommunen schauen in leere Kassen, die Deutsche Bank aber weist fürs vergangene Jahr einen Profit von 5 Milliarden Euro aus. Ein Teil des Gewinns stammt übrigens aus den Schulden, die die öffentliche Hand machen musste, um die Großbanken vor den Folgen der von ihnen verursachten Finanzkrise zu retten. Statt finanzielle Verantwortung für das Desaster zu übernehmen, machen die Großbanken so weiter wie bisher. Und die schwarz-gelbe Politik macht mit.

Seit Anfang Februar sind in der Bundesrepublik wieder so genannte Leerverkäufe erlaubt, also „Wetten“ auf steigende oder fallende Aktienkurse. Nicht genug damit, dass die Regierungskoalition bisher - von einem Schaufensterbeschluss zu Banker-Boni abgesehen—nicht eine einzige wirksame Maßnahme gegen das Finanzcasino realisiert hat. Sie heizt dieses, im Gegenteil, sogar noch an.

Das darf so nicht weitergehen. Das wäre unverantwortlich. DIE LINKE will deswegen die Banken mindestens zehn Jahre lang mit einer Sonderabgabe belegen und hat dazu in dieser Sitzungswoche einen Antrag „[Die Banken sollen für die Krise zahlen](#)“ (Drs. 17/471) eingebracht. Darin wird eine Abgabe

der Banken in Höhe von 0,15 Prozent bei Aktiva, die über 30 Milliarden Euro liegen, vorgeschlagen. Das würde Einnahmen von zwei bis drei Milliarden Euro jährlich bedeuten, die vor allem die großen Privatbanken zu zahlen hätten. Sparkassen und andere öffentliche Institute sind nicht betroffen. Das wäre, neben der Einführung der Börsenumsatz- und der Vermögenssteuer ein großer Schritt, um in diesem Land endlich Steuergerechtigkeit herzustellen.

Eine Krisenabgabe der Banken wird mittlerweile weltweit befürwortet. Ein namhafter Vertreter der Idee ist US-Präsident Barack Obama. Er bekräftigte seinen Willen, bei den Banken jeden Cent einzutreiben, den sie der Bevölkerung, direkt oder indirekt, schulden. Für die Deutsche Bank wird das voraussichtlich bedeuten, den US-Bürgerinnen und Bürgern gut 500 Millionen Dollar wiedergeben zu müssen. Die Bundesregierung will davon nichts wissen. Offenbar gehören die Bürgerinnen und Bürger, die die Finanznöte der Städte und Gemeinden mehr und mehr zu spüren bekommen, nicht zur schwarzgelben Klientel.

#### In dieser Ausgabe:

**Seite 1: Banken sollen für Krise zahlen**  
Dagmar Enkelmann

**Seite 2: DIE LINKE bürgernah**  
Sabine Stüber

**Seite 3: Mit Kanonen auf Spatzen**  
Wolfgang Nešković

**Seite 4: LINKE Haushaltsanträge für eine nachhaltige Agrarpolitik**  
Kirsten Tackmann

**Seite 5: Das Existenzminimum ist nicht verhandelbar**  
Diana Golze

**Seite 6+7: Pressemitteilungen u. Reden der Landesgruppenmitglieder**

**Seite 8: Rückblick auf die Sitzungswoche**

**Seite 9+10: Kontakt**

**- Deutscher Bundestag- Fraktion DIE LINKE - Landesgruppe Brandenburg -**

V.i.S.d.P.: Dr. Kirsten Tackmann MdB; 11011 Berlin- Platz der Republik 1;  
Tel.: 030- 227 74308; Fax: 030- 227 76308; Mail: [kirsten.tackmann@bundestag.de](mailto:kirsten.tackmann@bundestag.de)

**DIE LINKE bürgernah**  
von Sabine Stüber



© Marc Tollas/ PIXELIO

Volles Haus zur Büroeröffnung und zum Tag der offenen Tür

Nach der Eröffnung Ihres Bürgerbüros in Prenzlau am 15. und 16. Januar 2010 lud die Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber am 5. Februar 2010 zur offiziellen Wahlkreisbüroeröffnung in die Geschäftsstelle in der Breiten Straße 46 in Eberswalde. Dieses Büro nutzt Sie gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Dr. Michael Luthardt. Der Einladung waren viele Vertreter aus Verwaltung und Wirtschaft sowie von Sozial- und Naturschutzverbän-

den gefolgt.

Auch zum Tag der offenen Tür am 6. Februar 2010 nutzten Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, persönlich mit den beiden Abgeordneten ins Gespräch zu kommen.

Künftig wird Sabine Stüber jeden Mittwoch in der Zeit von 10:00 bis 18:00 Uhr einen Bürgersprechtage im Wahlkreisbüro abhalten. Persönlich anwesend wird sie in der Sitzungsfreien Zeit sein. In den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages nimmt ihre Mitarbeiterin, Frau Cindy Panzer, gern die Anliegen

der Bürgerinnen und Bürger entgegen.

Es empfiehlt sich daher, telefonisch unter der Nummer 03334-38 51 55, einen Termin für die Sprechstunde zu vereinbaren, um Frau Stüber persönlich zu treffen.

**Mit Kanonen auf Spatzen**  
 von Wolfgang Nešković



© Kurt Schubert / PIXELIO

Bagatellkündigungen sind ein Skandal. Sie treffen kleine Arbeitnehmer mit übermäßiger Härte. Sie entziehen diesen Menschen ihre Existenzgrundlage. Und sie lassen den Eindruck entstehen: Die Kleinen bestraft man für Nichtigkeiten, während Führungskräfte in solchen Fällen niemals belangt werden würden. Die Begründung der Kündigungen ist zumeist heuchlerisch. Oftmals wollen die Arbeitgeber ihre Angestellten aus anderen Gründen loswerden.

Einige skandalöse Fälle sind in den vergangenen Monaten öffentlich diskutiert worden. Sie bezeugen, in welchem moralischen Zustand sich unser Land befindet: So wurde einer Kassiererin nach 31 Jahren gekündigt, weil sie zwei Pfandbons im Werte von 1.30 Euro unterschlagen habe. Eine Al-

tenpflegerin wurde auf die Straße gesetzt, weil sie Maultaschen mitnahm, die für die Mülltonne bestimmt waren. Ein Industriearbeiter wurde entlassen, weil er sein Handy an der Firmensteckdose aufgeladen hatte. Schaden: 0.014 Cent.

Die Arbeitsgerichte befördern diese Ungerechtigkeit. Die Präsidentin des Bundesarbeitsgerichts, Ingrid Schmidt, verteidigt Kündigungen in solchen Fällen mit trotziger Uneinsichtigkeit. Damit verkehrt sie die ursprüngliche Zielrichtung der bestehenden Gesetze. Die Kündigungen stehen in keinerlei Verhältnis zu den Fehlern der jeweiligen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Angestellten handeln in den angesprochenen Fällen nicht aus krimineller Energie heraus. Meistens sind sie einfach sorglos und unbekümmert. Damit ist ihr Verhalten zwar nicht entschuldigt

oder rechtmäßig. Aber eine Kündigung ist als Reaktion unverhältnismäßig. Hier wird mit Kanonen auf Spatzen geschossen.

In der bisherigen Rechtsprechung wird die Pflicht zur Interessenabwägung, bis auf wenige Ausnahmen, nicht vorgenommen. Im Wege einer schlichten Behauptung wird ohne, dass eine echte Abwägung zwischen den Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber erkennbar wird, die angeblich nicht wiederherstellbare Zerstörung des Vertrauens des Arbeitgebers festgestellt. Diese mache eine Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses angeblich unzumutbar.

Eine Abmahnung reicht bei Bagatelldelikten als angemessene Reaktion jedoch völlig aus. Jahrelang unbeanstandete Arbeitsleistungen sollten durch das Essen eines Stück Kuchens oder den Verdacht des Diebstahls zweier Pfandbons nicht unbeachtet bleiben. Da die Rechtsprechung bisher überwiegend uneinsichtig bleibt, hat die LINKE am Dienstag einen Gesetzentwurf zu Bagatellkündigungen vorgelegt. Mit diesem Entwurf wollen wir die bisherige Rechtsprechung des kalten Herzens an die gesetzgeberische Kandare nehmen. So wollen wir die Arbeitsrichter zwingen, endlich wieder in der Lebenswirklichkeit anzukommen.

### LINKE Haushaltsanträge für eine nachhaltige Agrarpolitik von Kirsten Tackmann



© Ernst Rose/PIXELIO

Der schwarz-gelbe Agrarhaushalt zeigt zweierlei: Erstens bleibt inhaltlich fast alles so, wie es unter schwarz-rot war. Selbst wo mehr Geld eingesetzt wird, werden Fehler nicht korrigiert. Zweitens ist das Wenige, was geändert wurde, mit einer nachhaltigen Agrarpolitik nicht unter einen Hut zu bringen. Um den Einzelplan 10 (so nennt sich der Haushalt des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz) wenigstens an besonders wichtigen Punkten zu verbessern, hat die Fraktion DIE LINKE am Dienstag in der Sitzung des Agrarausschusses acht Änderungsanträge auf den Tisch gelegt.

So wollen wir aus den 300 Mio. Euro für das Grünlandmilchprogramm der Bundesregierung 60

Mio. Euro umwidmen, damit wenigstens mit einem Teil des Geldes auch Lösungsansätze für die Milchkrise gefördert werden. Getreu dem Motto „Kämpft gemeinsam“ soll mit diesem Geld ein Programm zur Unterstützung von Erzeugerzusammenschlüssen in der Milcherzeugung finanziert werden. Wir wollen kein Geld mit der Gießkanne verteilen, sondern den Milchviehhaltern dabei helfen, sich selbst zu organisieren und die angebotene Milch zu bündeln. So sollen sie zukünftig auf Augenhöhe mit dem Lebensmittelhandel und den Molckereien um die Milchpreise verhandeln können, um einen fairen Milchpreis zu erreichen. Das hat gerade auch der Zwischenbericht des Bundeskartellamts empfohlen.

Außerdem forderten wir die Aufstockung des Bundesprogramms Ökologischer Landbau (BÖL) von 16 auf 25 Mio Euro ein. Diese 9 Millionen Euro sollen durch Umverteilung im Agrarhaushalt zusammen kommen. Dafür wollen wir auf die Stärkung der Außenhandelsbeziehungen im Agrar- und Ernährungsbereich verzichten, weil sich die Bundesregierung auf regionale und ökologische Produktion konzentrieren soll. Das bringt 3 Mio. Euro. Weitere 5 Mio. Euro kommen aus der Streichung der geplanten Aufstockung der Förderung nachwachsender Rohstoffe, für die 40 Mio. angesichts der aktuellen Marktsituation ausreichen. Die noch fehlende 1 Mio. wird aus dem Topf der Gemeinschaftsaufgabe umverteilt (dort verbleiben 700 Mio).

Wir fordern eine Aufstockung der Mittel für das Bundesinstitut für Risikoforschung (BfR) um 10 Mio. Euro und 20 Mio. für mehr Verbraucherinformationen; unter anderem für die „Ohne-Gentechnik-Kennzeichnung“.

Alles in allem, geben wir nicht mehr Geld aus, wir wollen es aber deutlich sinnvoller verteilen. Für eine nachhaltige Agrarpolitik!

**Das Existenzminimum ist nicht verhandelbar**  
von Diana Golze



© Sigrid Rossmann/ PIXELIO

„Kinder sind keine kleinen Erwachsenen.“ Dieser Satz ist nunmehr nicht nur eine Feststellung von Sozialverbänden und der Fraktion DIE LINKE, sondern er ist Bestandteil der Urteilsbegründung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zu den sogenannten Hartz IV – Regelsätzen.

Das war schon ein Paukenschlag in der Sozialgesetzgebung der Bundesrepublik. Damit steht es nun schwarz auf weiß: Die Grundsätze von Hartz IV sind verfassungswidrig. Das ist eine schal-

lende Ohrfeige für die Parteien, die Hartz IV mit zu verantworten haben.

DIE LINKE sieht sich bestätigt: Die Regelsätze für Kinder sind unverzüglich eigenständig zu berechnen um am Bedarf der Kinder zu orientieren. Mittelfristig brauchen wir eine eigenständige bedarfsdeckende Kindergrundsicherung, um jedem Kind ein kindgerechtes Aufwachsen zu ermöglichen – unabhängig vom Einkommen und Sozialstatus der Eltern.

Doch statt mit der notwendigen Sacharbeit zu beginnen, wird eifrig das alte Lied von Gutscheinen, Sachleistungen und Regelsatzkürzungen gesungen. Christlich-Liberale Stimmen singen wieder das Lied davon, dass die höheren Regelsätze nicht bei den Kindern ankommen würden – eine unverschämte Unterstellung und anmaßende Überheblichkeit gegenüber den vielen Eltern, die seit Jahren versuchen, ein gesundes Aufwachsen ihrer Kinder abzusichern. DIE LINKE sagt weiterhin: Wer Kinderarmut verhindern will, muss Familienarmut bekämpfen. Darum brauchen wir für die Erwerbstätigen einen gesetzlichen Mindestlohn und für Erwerbslose eine Grundsicherung, die nicht nur die physische Existenz sichert, sondern auch die Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben ermöglicht.

**Pressemitteilungen und Reden der Landesgruppenmitglieder:**

Wolfgang Nešković

**Pressemitteilung:**

Datendiebe:

<http://www.wolfgangneskovic.de/artikel/zweck-heiligt-mittel>

Soziale Grundrechte:

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1270993205>

Sieg der Verfassungspatrioten:

<http://www.wolfgangneskovic.de/artikel/sieg-verfassungspatrioten>

Fortsetzung der Willkür:

<http://www.wolfgangneskovic.de/artikel/fortsetzung-willkuer>

**Rede:**

Gesetzeswidrige Rechtssprechung:

<http://www.linksfraktion.de/reden.php>



Dagmar Enkelmann

**Pressemitteilungen:**

Schlussverkauf BVVG:

[http://www.dagmar-enkelmann.de/fileadmin/user\\_upload/Presseerklarungen/2010/1\\_Quartal/PE\\_BVVG\\_Ausschuss.pdf](http://www.dagmar-enkelmann.de/fileadmin/user_upload/Presseerklarungen/2010/1_Quartal/PE_BVVG_Ausschuss.pdf)

Rekommunalisierung öffentlicher Leistungen:

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1283614233>

Banken an Krisenkosten beteiligen:

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1276639762>

Sonderbedarf anmelden:

[http://www.dagmar-enkelmann.de/fileadmin/user\\_upload/Presseerklarungen/2010/1\\_Quartal/PE\\_Hartz-IV-Urteil.pdf](http://www.dagmar-enkelmann.de/fileadmin/user_upload/Presseerklarungen/2010/1_Quartal/PE_Hartz-IV-Urteil.pdf)

**Schriftliche Frage:**

Erdgasleitung OPAL:

[http://www.dagmar-enkelmann.de/fileadmin/user\\_upload/Anfragen/2009/Quartal\\_3/AntwortOpal.pdf](http://www.dagmar-enkelmann.de/fileadmin/user_upload/Anfragen/2009/Quartal_3/AntwortOpal.pdf)

Ablösung von Beamten:

<http://www.dagmar-enkelmann.de/index.php?id=35>

**Pressemitteilungen und Reden der Landesgruppenmitglieder:**

**Diana Golze**

**Pressemitteilungen:**

DDR Aufarbeitung:

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/11717569/492531/Union-SPD-FDP-und-Gruene-wollen-Ueberpruefung-im.html>

Hartz IV Sätze für Kinder:

<http://www.diana-golze.de/politik/news/detail/zurueck/aktuelles/artikel/bundesverfassungsgericht-entscheidet-ueber-hartz-iv-saetze-fuer-kinder/>

Druck von unten:

<http://www.diana-golze.de/politik/news/detail/zurueck/aktuelles/artikel/linke-solidarisiert-sich-mit-schlecker-beschaeftigten-druck-von-unten-zeigt-erfolg-1/>

Soziale Grundrechte:

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1270993205>

Gutscheindebatte:

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1261096054>

**Rede:**

Kinder sind keine kleinen Erwachsenen:

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1377328562>



**Kirsten Tackmann**

**Pressemitteilung:**

Hartz IV:

<http://www.kirsten-tackmann.de/index/presse/3104797.html>

info @

**Rückblick auf die Sitzungswoche**

info @

### Parlamentarische Initiativen der LINKEn dieser Sitzungswoche

#### Kleine Anfragen:

Öffentlicher Dienst:

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7720208468\\_1700593.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7720208468_1700593.pdf)

Deutsch-Chinesischer Rechtsstaatdialog:

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7720208468\\_1700593.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7720208468_1700593.pdf)

Ermittler auf den Philippinen:

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7739265440\\_1700629.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7739265440_1700629.pdf)

Bleiberechtsregelung:

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7794206097\\_1700635.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7794206097_1700635.pdf)

Videoüberwachung:

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7763131732\\_1700636.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7763131732_1700636.pdf)

Bundeswehr im Inland:

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7731162660\\_1700637.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7731162660_1700637.pdf)

Sicherheitskräfte im Ausland:

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7795280502\\_1700638.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7795280502_1700638.pdf)

Dienstleistungsrichtlinie:

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7740518750\\_1700569.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7740518750_1700569.pdf)

Reparationsforderungen:

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7782059417\\_1700574.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7782059417_1700574.pdf)

Korruptionsverdacht:

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7757034828\\_1700575.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7757034828_1700575.pdf)

Privatisierung der Sicherheit auf deutschen Flughäfen:

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7727839623\\_1700583.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7727839623_1700583.pdf)

Asylstatistik 2009:

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7787090298\\_1700576.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7787090298_1700576.pdf)

Geldpolitik:

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7743244675\\_1700578.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7743244675_1700578.pdf)

Leiharbeit in Behörden:

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7716714430\\_1700588.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7716714430_1700588.pdf)

#### Anträge:

Zukunft der Bahn:

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7725602959\\_1700652.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7725602959_1700652.pdf)

Parteispenden verbieten:

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7707110331\\_1700651.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7707110331_1700651.pdf)

Weg mit Hartz IV:

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7781759280\\_1700659.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7781759280_1700659.pdf)

Tag der Befreiung:

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7741255313\\_1700585.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7741255313_1700585.pdf)

#### Gesetzentwürfe:

Kommunikationsnetze:

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7741255313\\_1700585.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7741255313_1700585.pdf)

Bagatelkkündigungen:

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7720465833\\_1700649.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7720465833_1700649.pdf)



# BUNDESTAGSREPORT

## DER LANDESRUPPE BRANDENBURG



### Kontakt:

	<b>Deutscher Bundestag</b>	<b>Frankfurt (Oder)</b>	
	Platz der Republik 1 11011 Berlin Thomas.Nord@bundestag.de <a href="http://www.thomas-nord.de/">http://www.thomas-nord.de/</a>	Zehmeplatz 11 15230 Frankfurt (Oder) 03 35 / 500 17 65 / 66	
	<b>Deutscher Bundestag</b>	<b>Kyritz</b>	<b>Neuruppin</b>
	Platz der Republik 1 11011 Berlin Kirsten.Tackmann@bundestag.de <a href="http://www.kirsten-tackmann.de">http://www.kirsten-tackmann.de</a>	Wilsnacker Strasse.1 16866 Kyritz 03 39 71 / 32 85 7	Schinkelstr.13 16816 Neuruppin 0 33 91 / 65 54 20
	<b>Wittstock</b>	<b>Pritzwalk</b>	<b>Perleberg</b>
	<u>mit Dieter Groß MdL</u> Burgstr. 27 16909 Wittstock 0 33 94 / 40 24 60	Marktstr.42 16928 Pritzwalk 0 33 95 / 30 24 92	<u>mit Thomas Domres MdL</u> Bäckerstr. 21 19348 Perleberg 0 38 76 / 61 68 40
	<b>Deutscher Bundestag</b>	<b>Rathenow</b>	<b>Brandenburg</b>
	Platz der Republik 1 11011 Berlin Diana.Golze@bundestag.de <a href="http://www.diana-golze.de">http://www.diana-golze.de</a>	Märkischer Platz 2 14712 Rathenow 0 33 85 / 49 45 21	Altstädtischer Markt 2 14770 Brandenburg 0 33 81 / 21 17 89
	<b>Potsdam-Mittelmark</b>	<b>Teltow-Fläming</b>	
	Straße der Einheit 53 14806 Belzig 0 33 841 / 43 89 0	Große Straße 62 14913 Jüterbog 0 33 72 / 43 26 91	

# BUNDESTAGSREPORT

## DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG



### Kontakt:

	<b>Deutscher Bundestag</b>	<b>Eberswalde</b>	<b>Prenzlau</b>
	Platz der Republik 1 11011 Berlin Sabine.Stueber@bundestag.de <a href="http://www.sabine-stueber.de/">http://www.sabine-stueber.de/</a>	Breite Str. 46 16225 Eberswalde 0 33 34 / 38 51 55	Diesterwegstr.1 17291 Prenzlau 0 39 84 / 86 21 86 2
	<b>Deutscher Bundestag</b>	<b>Cottbus</b>	
	Platz der Republik 1 11011 Berlin Wolfgang.Neskovic@bundestag.de <a href="http://www.wolfgang-neskovic.de/">http://www.wolfgang-neskovic.de/</a>	Str. d. Jugend 114 03046 Cottbus 03 55 / 78 42 35 0	
	<b>Deutscher Bundestag</b>	<b>Strausberg</b>	<b>Bernau</b>
	Platz der Republik 1 11011 Berlin Dagmar.Enkelmann@bundestag.de <a href="http://www.dagmar-enkelmann.de">http://www.dagmar-enkelmann.de</a>	Wallstr. 8 15344 Strausberg 0 33 41 / 30 39 84	Berliner Straße 17 16321 Bernau b. Berlin 0 33 38 / 45 95 43